

Entscheidungsvorschläge zu Hinweisen/Einwendungen im Bauleitplanverfahren

BEZEICHNUNG DER MAßNAHME:

Bebauungsplan Nr. 202/IV „Erweiterung Habichtshorst-westlich Bokeler Straße“ in der Stadt Papenburg

VERFAHRENSGANG:

Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB

vom 04.10.17 bis 18.10.2017

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen:

1. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Bonn vom 09.10.2017
2. Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Aschendorf vom 18.10.2017
3. Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems, Meppen vom 11.10.2017

Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben Bedenken
oder Anregungen/Hinweise zur Planung vorgetragen:

1. Stellungnahme: Landkreis Emsland

Datum: 19.10.2017

Inhalt

Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nimmt der Landkreis Emsland als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

Städtebau

Bezugnehmend auf meine Informationsschreiben vom 07.07.2017 und 31.07.2017 zu den aktuellen Änderungen im Baugesetzbuch zur Bauleitplanung wird insbesondere auch auf die Beachtung der neuen Anlage I zum BauGB und der damit verbundenen umfassenden Erweiterungen bzw. Änderungen des Umweltberichtes hingewiesen.

Naturschutz und Forsten

Das Plangebiet wird z. Zt. ackerbaulich genutzt. Nördlich schließen weitere landwirtschaftliche Nutzflächen an. Im Osten erstrecken sich junge Wohnbausiedlungen. Im Westen setzt sich die Landschaft aus Wohnbausiedlungen, aber auch aus landwirtschaftlichen Nutzflächen zusammen. Im Süden grenzt ein mehrerer Meter breiter Gehölzstreifen unmittelbar an das Plangebiet. Der Gehölzstreifen gliedert die ansonsten landwirtschaftlich geprägte Kulturlandschaft. Weiter südlich sind ebenfalls Wohnbausiedlungen auszumachen. Schutzgebiete, empfindliche Ökosysteme oder naturschutzfachlich bedeutende Biotope werden von dem Plangebiet nicht berührt.

Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP)

Das Plangebiet ragt in eine freie und offene Landschaft hinein. Eine unmittelbare Anbindung an vorhandene Siedlungsstrukturen oder Wohnbaugebiete besteht nicht. Die Lage des Plangebietes erfordert daher die Durchführung einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP). Zu untersuchen ist in erster Linie die Tier-

Entscheidungsvorschlag:

Zur Kenntnisnahme und Beachtung.

Zur Kenntnisnahme.

Für die Beurteilung der Auswirkungen des Bebauungsplans auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild wurde, neben einem Umweltbericht, auch eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) durch ein externes Fachbüro erarbeitet.

gruppe der Brutvögel (Boden- und Heckenbrüter).

Ergeben sich im Zuge der Erhebungen und Kartierungen Hinweise auf die Anwesenheit weiterer geschützter Arten, ist zwecks weiterer Vorgehensweisen eine Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde zu suchen.

Eingriffsregelung nach dem BNatSchG

Im Rahmen der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG gilt es zunächst, dem Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatz nach § 13 BNatSchG, der besagt, dass Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu minimieren und zu vermeiden sind, zu entsprechen. Die Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und Landschaftsbild ist für den Vorhabenträger verpflichtend. Die Bauleitplanung ist daher grundsätzlich an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um zum einen vorhandene Schutzgebiete, gesetzl. geschützte Biotop, geschützte Landschaftsbestandteile, etc. und zum anderen vorhandene Grünstrukturen wie Waldflächen, Baumreihen, Baumgruppen oder Einzelbäume, Gehölzinseln, Feldhecken, Staudenfluren, Ruderalflächen und Gewässer zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten. In diesem Fall gilt es vor allem, die südlich an das Plangebiet unmittelbar angrenzenden Gehölzstrukturen zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten.

Für die o. g. Bauleitplanung ist eine Umweltplanung durchzuführen. Die entsprechenden Daten, Erhebungen und Kartierungen sind beizubringen. Als Anforderung an die Umweltplanung ist die Abarbeitung der einzelnen Schutzgüter und eine Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorkommenden und unmittelbar an das Plangebiet angrenzenden Biotoptypen (Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften) zu betrachten. Im Zuge der Bestandsaufnahme ist ein besonderes Augenmerk auf den Gehölzstreifen, der entlang der südlichen Plangeietsgrenze verläuft, zu legen.

Aus einer erarbeitenden Eingriffsbilanzierung, die sich aus der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG ergibt, sind die Art, die Lage und der Umfang der Kompensationsmaßnahmen abzuleiten und spätestens auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung konkret und detailliert (Plan und Text) darzustellen.

Wasser und Bodenschutz, Abfallwirtschaft

Die Einflüsse auf den Wasserhaushalt (Grundwasserneubildungsrate, Vergröße-

Eine Vermeidung des Eingriffs im Geltungsbereich ist nicht möglich, da in Papenburg noch immer ein Bedarf an Wohnbauland besteht und dieser in direkter Nachbarschaft zu bereits bestehenden Strukturen gedeckt werden soll. Die südlich an das Plangebiet angrenzenden Gehölzstrukturen, die sich aber nicht im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 202/IV befinden, werden bei weiteren Planungen berücksichtigt und sollen erhalten bleiben.

Für die Beurteilung der Auswirkungen des Bebauungsplans auf den Naturhaushalt und das Landschaftsbild wurde ein Umweltbericht sowie eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) durch ein externes Fachbüro erarbeitet. Auch die Eingriffsbilanzierung wurde erstellt.

Die externe Kompensation wird aus dem Ökokonto der Stadt Papenburg beglichen. Die Maßnahmen aus dem Ökokonto wurden bereits umgesetzt.

Zur Kenntnisnahme.

zung und Beschleunigung des Wasserabflusses, Auswirkung auf die Wasserqualität, etc.) sind auf Grundlage wasserwirtschaftlicher Voruntersuchungen in der Umweltprüfung zu bewerten.

Im Zuge der Bauleitplanung ist ein schlüssiges Konzept zur Beseitigung des Oberflächenwassers aufzuzeigen. Die erforderliche Anpassung einer bestehenden Erlaubnis, ist bei der Unteren Wasserbehörde, parallel zum Bauleitverfahren, entsprechend zu beantragen. Es ist darauf hinzuweisen, dass Erfordernisse der Wasserwirtschaft Einfluss auf die Gestaltung des Plangebiets und die Flächenverfügbarkeit haben können. Deshalb ist es notwendig, wasserrechtliche Verfahren bis zur Entscheidungsreife voranzubringen, bevor die Bauleitplanung verabschiedet werden kann.

Hinweis:

Die Belange der Ver- und Entsorgung können auf Grundlage der eingereichten Unterlagen nicht beurteilt werden.

Brandschutz

Die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherstellung des abwehrenden Brandschutzes sind bei der Ausführung wie folgt zu beachten:

- Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können.
- Für das geplante Gebiet ist die Löschwasserversorgung so zu erstellen, dass eine Löschwassermenge von 48 m³/h (über 2 Stunden) zur Verfügung steht (Durchmesser der Leitung mindestens 100 mm).
- Der Abstand der einzelnen Hydranten von den Gebäuden darf 150 m nicht überschreiten. Die Standorte der einzelnen Hydranten bzw. Wasserentnahmestellen sind mit dem zuständigen Stadtbrandmeister festzulegen.

Die Stadt Papenburg hat unter Berücksichtigung hydraulischer und hydrologischer Belange ein Entwässerungskonzept für das Plangebiet entwickelt.

Das Wasser von den Baugrundstücken soll örtlich versickert werden. Es ist weiterhin geplant, das Oberflächenwasser von den öffentlichen Verkehrsflächen über die unbefestigten Seitenräume der Erschließungsstraße zu versickern.

Die Angaben zu den Belangen der Ver- und Entsorgung werden im weiteren Verfahren konkretisiert.

Die Planungen werden aus brandschutztechnischer Sicht mit dem Stadtbrandmeister der Stadt Papenburg abgestimmt.

2. Stellungnahme: Wasserverband Hümmling, Werlte

Datum: 23.10.2017

Inhalt

Gegen die o. g. vorgesehene Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen seitens des Wasserverbandes Hümmling keine Bedenken.

Auf die im südlichen Planbereich auf der Westseite der Straße Zum Draiberg verlegte und diese unterkreuzende Trinkwasserversorgungsleitung wird hingewiesen und um entsprechende Berücksichtigung gebeten.

Ferner wird zur trinkwasserseitigen Erschließung des Plangebietes und zur späteren Überwachung und Wartung des Rohrleitungsnetzes darum gebeten, im öffentlichen Verkehrsraum entlang der Straßen des Plangebietes einseitig sowie im Wendehammerbereich umlaufend einen Streifen mit einer Breite von rd. 1,25 m zur Verfügung zu stellen, der frei von Baumbepflanzungen und Befestigungen ist. Soweit eine Oberflächenbefestigung des Leitungsstreifens dennoch vorgesehen ist, wird angeregt, einen wiederverwendbaren Platten- oder Pflasterbelag zu wählen.

Bei der Durchführung der Ersatz- und Kompensationsmaßnahmen für den Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild wird darum gebeten, einen Mindestabstand von 2,5 m zu vorhandenen und geplanten Wasserleitungen insbesondere mit Baumbepflanzungen einzuhalten. Auf das DVGW-Arbeitsblatt GW 125 wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.

Hinsichtlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung sind aus Sicht des Verbandes keine Anmerkungen zu machen.

Entscheidungsvorschlag:

Zur Kenntnisnahme.

Die Versorgungsleitungen und –anlagen bleiben soweit möglich in ihrem Bestand erhalten und werden bei der weiteren Planung sowie bei den Erschließungsarbeiten berücksichtigt. Eventuelle Umlegungen von Leitungstrassen werden mit dem jeweiligen Versorgungsunternehmen rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme abgestimmt.

Im Zuge der Detailplanungen zur Umsetzung der Planung werden die Anregungen des Wasserverbandes geprüft und sofern möglich bei der Durchführung berücksichtigt.

Die externe Kompensation wird aus dem Ökokonto der Stadt Papenburg beglichen. Die Maßnahmen aus dem Ökokonto wurden bereits umgesetzt.

Zur Kenntnisnahme.

**3. Stellungnahme: Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung
Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover
Datum: 13.10.2017**

Inhalt

Die Stadt Papenburg hat im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens oder einer vergleichbaren Planung des Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln-Hannover (Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Die Ausführungen hierzu können der Rückseite entnommen werden; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.

Sofern in den anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenforschung empfohlen wird, wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenforschung zuständig sind.

Eine Maßnahme der Gefahrenforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsluftbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.

Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, wird um entsprechende schriftliche Auftragserteilung gebeten.

Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:

- Im Planungsgebiet besteht kein Kampfmittelverdacht. Gegen die vorgesehenen Nutzung bestehen keine Bedenken.

Entscheidungsvorschlag:

Zur Kenntnisnahme.

Zur Kenntnisnahme.

Zur Kenntnisnahme.

Vom Fachbereich Planen/Umwelt der Stadt Papenburg wurde bereits im Rahmen der Erstellung des Gesamtkonzeptes für eine Wohnbebauung auf den Flächen zwischen der Waldseestraße und „Zum Draiberg“ eine Anfrage an das LGLN vom 01.06.2016 bezüglich der Kampfmittelfreiheit gestellt. Als Ergebnis der Luftbildauswertung wurde mit Schreiben vom 05.07.2016 mitgeteilt, dass im Planungsgebiet des Bebauungsplanes Nr. 202/IV kein Kampfmittelverdacht besteht und somit keine Bedenken gegen die geplante Nutzung vorliegen, da keine Bombentrichter erkennbar sind.

	Es wurde der Hinweis auf der Planunterlage aufgenommen, dass sofern bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzer-fäuste, Minen etc.) gefunden werden, umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst in Hannover zu benachrichtigen ist.
<p>4. Stellungnahme: NLD Niedersächsisches Landesamt für Denkmalpflege, Abteilung Archäologie, Stützpunkt Oldenburg, Oldenburg Datum: 18.10.2017</p> <p><u>Inhalt</u> Seitens der Archäologischen Denkmalpflege werden zu o. g. Planungen folgende Bedenken oder Anregungen vorgetragen: Zum Schutz der im Plangebiet vorhandenen oder vermuteten archäologischen Befunde und Funde muss gewährleistet sein, dass die in der Begründung unter Punkt 1.5.8 „Denkmalpflege“ bereits aufgeführte erforderliche Prospektion und ggf. weiterführende archäologische Untersuchungen hinreichend beachtet werden. Wir gehen davon aus, dass sich der Vorhabenträger diesbezüglich frühzeitig mit den Denkmalbehörden in Verbindung setzt.</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Der Belang der Denkmalpflege und Archäologie wurde als Hinweis in die Bauleitplanunterlagen eingestellt. Die Stadt Papenburg wird sich rechtzeitig vor Beginn der Erschließungsarbeiten mit der Denkmalbehörde abstimmen und mit einem Fachbüro eine Prospektion und ggf. weitere archäologische Untersuchungen durchführen.</p>
<p>5. Stellungnahme: Vodafone Kabel Deutschland GmbH, Leer Datum: 18.10.2017</p> <p><u>Inhalt</u> Eine Ausbauentcheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend der Anfrage der Stadt Papenburg zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse wird die Stadt Papenburg gebeten sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung zu setzen:</p> <p>Vodafone Kabel Deutschland GmbH Neubaugebiete KMU Südwestpark 15 90449 Nürnberg</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Der Hinweis der Vodafone Kabel Deutschland GmbH wird zur Kenntnis genommen und für die Durchführung der Planung geprüft.</p>

Neubaugebiete.de@vodafone.com

Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei.

Weiterführende Dokumente:

- Wichtiger Hinweis
- Kabelschutzanweisungen
- Zeichenerklärung

6. Stellungnahme: EWE NETZ GmbH, Oldenburg

Datum: 11.10.2017

Inhalt

Im Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und Anlagen der EWE NETZ GmbH.

Diese Leitungen und Anlagen müssen in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) erhalten bleiben und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Es ist sicherzustellen, dass diese Leitungen und Anlagen durch die Vorhaben der Stadt Papenburg weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite <https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen>.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z. B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem

Entscheidungsvorschlag:

Der Hinweis der EWE Netz GmbH wird zur Kenntnis genommen.

Die Versorgungsleitungen und –anlagen bleiben soweit möglich in ihrem Bestand erhalten und werden bei der Planung beachtet. Eventuelle Umlegungen von Leitungstrassen werden mit dem jeweiligen Versorgungsunternehmen rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme abgestimmt.

Die erforderlichen Schutzabstände und Sicherheitsbestimmungen bei Arbeiten in der Nähe von Leitungstrassen werden in Abstimmung mit dem Inhaber der Leitungsrechte beachtet. Die Art und Lage der Anlagen wurde am 11.10.2017 über die genannte Internetseite abgerufen.

Zur Kenntnisnahme.

<p>Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die Neuherstellung, z. B. Bereitstellung eines Stationsstellplatzes. Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.</p> <p>Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen.</p> <p>Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.</p> <p>Zur effizienten Bearbeitung von Anfragen und Stellungnahmen bauen wir unsere elektronischen Schnittstellen kontinuierlich aus. Bitte schicken Sie uns Ihre Anfragen und Mitteilungen zukünftig an unser Postfach info@ewe-netz.de.</p>	<p>Zur Kenntnisnahme.</p> <p>Zur Kenntnisnahme.</p>
<p>7. Stellungnahme: Avacon Netz GmbH, Salzgitter Datum: 13.10.2017</p> <p><u>Inhalt</u> Im Anfragebereich befinden sich keine Versorgungsanlagen von Avacon Netz GmbH/ Purena GmbH / WEVG GmbH & Co. KG.</p> <p>Bitte beachten Sie, dass die Markierung dem Auskunftsbereich entspricht und dieser einzuhalten ist.</p> <p>26871 Papenburg OT Aschendorf Zum Draiberg</p> <p>Gesamtanzahl Pläne: 0</p> <p>Achtung:</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

Im o.g. Auskunftsbereich können Versorgungsanlagen liegen, die nicht in der Rechtsträgerschaft der oben aufgeführten Unternehmen liegen.

Zur Kenntnisnahme.

VERFAHRENSGANG:

Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Von der Öffentlichkeit wurden im Rahmen der Offenlegung der Bauleitplanunterlagen **vom 04.10.17 bis 18.10.2017** nachfolgende Bedenken oder Anregungen zur Planung vorgetragen.

<p>1. Stellungnahme von Anwohnern „Habichtshorst“, Aschendorf Datum: 16.10.2017</p> <p><u>Inhalt</u> Gemäß Beratung und Beschluss des Bau- und Umweltausschusses vom 24.08.2017 sowie des Ortsrates Aschendorf vom 14.09.2017 soll westlich des Habichtshorstes ein erster Bauabschnitt mit 10 Grundstücken entstehen, der über die Straße „Zum Draiberg“ verkehrlich erschlossen wird.</p> <p>Im Zug dieser Beratungen wurden auch die Planungsabsichten der Stadt Papenburg zum städtebaulichen Rahmenplan für den Gesamtbereich zwischen „Waldseestraße“ und der Straße „Zum Draiberg“ vorgestellt. Als Ziel soll in den nächsten Jahren ein großes Wohngebiet mit über 80 Grundstücken entstehen. Die verkehrliche Erschließung dieses geplanten Wohngebietes ist noch nicht abschließend geklärt.</p> <p>Die unterzeichnenden Anwohner aus dem Habichtshorst geben hiermit zu den o. g. Planungen folgende gemeinsame Stellungnahme ab:</p> <p>Das Baugebiet Habichtshorst ist mit Bplan 202 Teil III als Allgemeines Wohngebiet (WA) im Jahre 2001 genehmigt worden. Die Verkehrsfläche wurde ursprünglich mit Sackgasse und Wendeanlage als reine Anliegerstraße ohne Fuß- und Radweg ausgebaut. Viele Grundstücke wurden seinerzeit von der Stadt Papenburg in „bevorzugter Wohnlage“ angeboten und von den Anwohnern zu einem erhöhten Preis erworben.</p> <p>Im Jahre 2015 erfolgte die Erweiterung des Habichtshorstes mit direktem Anschluss</p>	<p>Entscheidungsvorschlag:</p> <p>Es ist richtig, dass beim neben genannten Bebauungsplan Nr. 202 „Westlich Bokeler Straße - Teil III“ eine Parzelle zwischen der Straße Habichtshorst und der Verlängerung der Straße „Zum Draiberg“ von einer Wohnbaunutzung freigehalten wurde. Die vorgenannte Parzelle wurde aufgrund eines fehlenden Erfordernisses nicht ausgebaut und befindet sich im Eigentum der Stadt Papenburg.</p> <p>Die Stadt Papenburg hat im Zuge der Erstellung des städtebaulichen</p>
--	---

an die Bussardstraße. Die Zuwegung zur Bussardstraße führt als „Ringverkehr“ ausschließlich durch den Habichtshorst. Diese Erweiterung des Habichtshorstes hat bereits jetzt zu deutlich höherem Verkehrsaufkommen und zusätzlicher Lärmbelastung geführt. Das Wohngebiet Habichtshorst / Bussardstraße ist geprägt durch junge Familien mit kleinen Kindern, die die Straße gern auch als Spielfläche nutzen.

Im Zuge der geplanten Erweiterung des Baugebietes westlich des Habichtshorstes darf es auf keinen Fall zu einer verkehrlichen Anbindung des Habichtshorstes an die neuen Baugebiete kommen, weil der Habichtshorst dann neben dem Anliegerverkehr auch den zusätzlichen Verkehr als reine Durchfahrtsstraße zur Bokeler Straße aufnehmen müsste. Die damit einhergehende erhöhte Verkehrsbelastung durch einen jahrelangen Bauverkehr und den zusätzlichen übergeordneten Verkehr würde sowohl eine unzumutbare Erhöhung des Gefährdungspotentials als auch eine deutliche Beeinträchtigung der Wohnqualität in Habichtshorst bedeuten.

Der Wirtschaftsweg in der Verlängerung der Straße "Zum Draiberg" wird zurzeit von sehr vielen Spaziergängern und Radfahrern genutzt. Um den Erholungswert und den gesamten Charakter des angrenzenden Naturschutzgebietes zu wahren, soll der Weg nach der Einmündung in das neue Baugebiet im weiteren Verlauf in der jetzigen Ausbauform unbedingt dauerhaft erhalten bleiben und ggfs. mit zusätzlicher Begrünung aufgewertet werden.

Aus vorgenannten Gründen beantragen die Unterzeichner daher, dass

- **Die Straßenführung Habichtshorst mit der Erweiterung der Bussardstraße –wie bisher- erhalten bleibt**
- **Die Straße „Habichtshorst weder jetzt im aktuellen Planverfahren noch künftig im Zuge weiterer Planungen eine verkehrliche Anbindung an die Straße „Zum Draiberg“ erhält.**
- **Die Straße „Zum Draiberg“ gemäß Beschluss des Ortsrates vom 14.09.17 nur bis zur Einmündung in das neue Baugebiet ausgebaut wird und im weiteren Verlauf –wie bisher- als „Wirtschafts- und Spazierweg“ dauerhaft erhalten bleibt.**

Wir bitten diese Punkte im Rahmen des weiteren Verfahrens zu berücksichtigen und verbleiben mit freundlichem Gruß

Gesamtkonzeptes für eine Wohnbebauung die Flächen zwischen der Waldseestraße und „Zum Draiberg“ ein verkehrliches Erschließungskonzept entwickelt, welches eine sachgerechte Verteilung der Verkehrsströme im Gesamtgebiet widerspiegelt. In die Konzeption wurden auch die Baugebiete „Habichtshorst/Bussardstraße“ einbezogen.

Für den ersten Bauabschnitt mit dem Bebauungsplan Nr. 202/IV „Erweiterung Habichtshorst – westlich Bokeler Straße“ ist die Erschließung über die Verlängerung der Straße „Zum Draiberg“ geplant. Ein Ausbau der o.g. städtischen Parzelle als Erschließungsstraße und die Anbindung an die Straße „Habichtshorst“ ist für den Bebauungsplan Nr. 202/IV nicht geplant. Die Parzelle wird für Leitungen verwendet.

Im Zuge der weiteren Erschließung der Wohnbauflächen soll das Grundkonzept umgesetzt werden, wobei lokale Änderungen hinsichtlich der Bebauung und Verkehrsführung noch erfolgen können.

Die Stadt Papenburg wird durch verkehrslenkende und verkehrsberuhigende baulichen Maßnahmen die Grundlagen für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs im Gesamtgebiet schaffen.

Wie aus dem städtebaulichen Gesamtkonzept entnommen werden kann, soll die Verlängerung der Straße „Am Draiberg“ nur teilweise ausgebaut werden, der nördliche Abschnitt soll nach dem derzeitigen Planungsstand als Feld-/Wanderweg erhalten werden. Hierzu wird die Stadt Papenburg auch im Zuge von erforderlichen Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen versuchen den Funktionscharakter zu optimieren.

Die Anwohner aus dem Habichtshorst	
------------------------------------	--

Aufgestellt:
Papenburg, 01.02.2018
Ing.-Büro W. Grote GmbH